



**Leitantrag**

# **Langes Leben im Rhein-Erft-Kreis sozial gestalten.**

**Parteitag der Rhein-Erft SPD**

**Samstag, 10. Juni 2006,  
10.00 Uhr (Einlass: 9.30 Uhr)  
Stadthalle Frechen**

Rhein-Erft  
**SPD**

1 **PRÄAMBEL**

2

3 **WIR WOLLEN DIE GESELLSCHAFT DES LANGEN LEBENS.**

4

5 Wir entwickeln uns zu einer Gesellschaft des langen Lebens. Die Lebenserwartung steigt  
6 durch medizinischen Fortschritt, durch verbesserte Lebensbedingungen und durch die  
7 erfolgreiche Humanisierung der Arbeitswelt. Es sind traditionelle Themenfelder für die  
8 deutsche Sozialdemokratie, an deren positiver Fortentwicklung maßgeblich Einfluss ge-  
9 nommen wurde. Dies soll auch in Zukunft so sein.

10

11 Der Mediziner und Wissenschaftler Rudolf Virchow brachte 1852 den Zusammenhang,  
12 der Grundlage der Sozialmedizin wurde, auf den Punkt: „Bildung, Wohlstand und Frei-  
13 heit sind die einzigen Garantien für die dauerhafte Gesundheit eines Volkes.“ Virchow  
14 forderte die "volle und unumschränkte Demokratie", ohne die es keinen Wohlstand und  
15 keine Gesundheit geben könne.

16

17 Die SPD hat sich in Ihrer Geschichte immer für Teilhabe aller Menschen an den Errun-  
18 genschaften des technischen Fortschritts gekämpft. Nur wenn sich die Lebensbedingun-  
19 gen für möglichst viele verbessern, ist eine Gesellschaft wirklich auf dem Weg zu  
20 dauerhaftem Wohlstand. Dies galt und gilt weiterhin auch für die soziale Gestaltung  
21 gesellschaftlichen Fortschritts.

22

23 Die Sozialdemokraten im Rhein-Erft-Kreis begreifen daher den demografischen Wandel  
24 nicht als Übel oder als negative Entwicklung. Wir sehen die Gesellschaft des langen  
25 Lebens als Herausforderung und als Chance, unser Land zu erneuern und neue Innova-  
26 tionsschübe für unser Zusammenleben zu geben. Eine älter werdende Gesellschaft  
27 bringt nicht nur Kosten mit sich; sie birgt auch große Reichtümer und Potentiale, die  
28 genutzt werden können und die die Sozialdemokraten nutzen wollen.

29

30 Die Bundespolitik hat die Herausforderungen der demografischen Entwicklungen lange  
31 Jahre nur zögernd angepackt. Zentral stand in der Ära Kohl die Aussage: „Die Rente ist  
32 sicher“ für diese falsche Politik des Aussitzens. Erst die Regierung von Gerhard Schröder

1 hat angefangen, mit der Einführung eines kapitalgedeckten Rentenbestandteils die Sozi-  
2 alsysteme an notwendige Veränderungen anzupassen. Wir Sozialdemokraten wissen  
3 aber, dass es um mehr als um die Sicherung der Sozialsysteme geht. Es geht darum, ein  
4 gesellschaftliches Konzept zu entwickeln, das das lange Leben positiv gestaltet und eine  
5 politische Antwort auf den Effekt zurückgehender Geburten findet.

6

7 Im Rhein-Erft-Kreis wollen wir die Gesellschaft des langen Lebens nutzen, um den sozia-  
8 len Zusammenhalt zu erneuern. Das Wissen und die Erfahrung älterer Menschen können  
9 für ein verstärktes bürgerschaftliches Engagement genutzt werden; neue Wohnformen  
10 können Perspektiven für ein neues Miteinander von Generationen eröffnen und durch  
11 eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf können neue Ressourcen für unsere  
12 Arbeitswelt mobilisiert werden. Die Rhein-Erft SPD setzt darauf, diesen Innovationsschub  
13 zu nutzen: Wir wollen das lange Leben sozial gestalten.

14

## 15 **HERAUSFORDERUNGEN UND LÖSUNGSVORSCHLÄGE**

16

### 17 **DER RHEIN-ERFT-KREIS VERÄNDERT SICH.**

18

19 Der demografische Wandel ist keine Theorie der Zukunft, sondern schon heute Realität.  
20 Wie in den meisten anderen europäischen Staaten, wird sich auch in Deutschland der  
21 Bevölkerungsaufbau in naher Zukunft grundlegend verändern. Einerseits werden wir im-  
22 mer älter. Zugleich wachsen immer weniger junge Menschen nach. Nach den verschie-  
23 denen Prognosen wird die Zahl der Deutschen bis 2050 um 8 oder sogar bis 20 Millio-  
24 nen abnehmen. Mit Sicherheit kann gesagt werden, dass sich das Leben und Arbeiten  
25 der Deutschen ändern wird.

26

27 Diese Entwicklung betrifft insbesondere die Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung,  
28 den Wohnungsmarkt, die öffentliche Infrastruktur, die Schaffung eines kinder- und  
29 familienfreundlichen Umfeldes.

30

1 Wenn man die Bevölkerungsprognosen bis 2020 für die Kommunen des Rhein-Erft-  
2 Kreises betrachtet, schwanken die Werte beispielsweise zwischen einem Rückgang von  
3 -1,8 % für Brühl und einem Bevölkerungszuwachs von + 5.8 % für Frechen.

4  
5 Sobald man die Zahlen der Altersstruktur betrachtet, zeigt sich, dass in keiner einzigen  
6 Kommune des Rhein-Erft-Kreises die Zahl der Jugendlichen bis 18 Jahre in diesem Zeit-  
7 raum zunehmen wird. Die Zahlen schwanken zwischen - 2,3 Prozentpunkte für Hürth  
8 und -5,2 Prozentpunkte für Bedburg. Umgekehrt ist die Veränderung in den Altersgrup-  
9 pen ab 60 bzw. ab 80 Jahre. Für beide Gruppen werden bis zum Jahre 2020 höhere  
10 Bevölkerungsanteile vorausgesagt. Die Veränderungen in der Altersgruppe ab 60 Jahre  
11 zeigen einen Anstieg von 0,1 (Frechen) bis 5,8 (Bergheim) Prozentpunkten. Ähnlich sind  
12 die Zahlen für die Altersgruppe ab 80 Jahre: von 3.3 % (Elsdorf ) bis 5,7% (Pulheim).  
13 Der Anteil der 60 bis 79-jährigen steigt um 54 %; der Anteil der über 80-jährigen steigt  
14 sogar um 115 %.

15  
16 Die zurzeit verfügbaren Hochrechnungen für den Rhein-Erft-Kreis reichen lediglich bis  
17 zum Jahr 2020. Es ist jedoch erkennbar, dass in den anschließenden Jahren noch  
18 weniger Kinder geboren werden, als dies bis 2020 geschehen ist. Daraus ergibt sich,  
19 dass der prozentuale Anteil an Älteren in der Bevölkerung noch deutlich zunehmen wird.

20

## 21 **GESAMTKONZEPT UND DOPPELSTRATEGIE FÜR DAS ÄLTERWERDEN**

### 22 **IM RHEIN-ERFT KREIS**

23

24 Die Auswirkungen des demografischen Wandels betreffen fast alle Handlungsfelder der  
25 kommunalen Politik. Da die Einstellung auf die Folgen und die Chancen einer älter wer-  
26 den Gesellschaft als Querschnittsaufgabe aber Gefahr läuft, letztlich in der kommunalen  
27 Alltagsarbeit nicht ausreichend berücksichtigt zu werden, stellen wir unser Gesamtkon-  
28 zeptes vor. Wir fordern ein Umdenken in den kommunalpolitischen Gremien und ein  
29 Umdenken von der kurzfristigen, an Wahlperioden orientierten Agenda hin zu einer  
30 langfristigen Planung. Von den Verwaltungen muss die Bereitschaft zu einer ressortüber-  
31 greifenden Zusammenarbeit eingefordert werden. Die Rhein-Erft SPD sieht die Entwick-  
32 lung einer Doppelstrategie als sinnvoll an:

33

1 Zum einen sollten die notwendigen Anpassungen an die Folgen des demografischen  
2 Wandels frühzeitig erkannt und transparent gemacht werden. Nur so können ein bruch-  
3 freier Übergang und ein ernsthafter Dialog mit den betroffenen Menschen und Institutio-  
4 nen sichergestellt werden. Zum anderen sollten aber auch die Ansätze und Maßnahmen  
5 entwickelt werden, die absehbaren Folgen des Wandels entgegenwirken und sie da-  
6 durch abmildern.

7

## 8 **ECKPUNKTE UNSERES KONZEPTE FÜR DEN RHEIN-ERFT-KREIS:**

9

### 10 **HANDLUNGSFELD FAMILIE + BILDUNG**

- 11 ■ Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- 12 ■ Das Eltern-Kind Büro
- 13 ■ Ausbau der Grundschulen und weiterführenden Schulen zu Ganztagschule
- 14 ■ Ausbau der Gesundheitsförderung und Prävention zum Ausgleich  
15 ungleicher Gesundheitschancen
- 16 ■ Stärkere Vernetzung der Bildungs- und Betreuungsmöglichkeiten
- 17 ■ Integration der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund
- 18 ■ Kindergarten und Grundschule unter einem Dach

19

### 20 **HANDLUNGSFELD ARBEIT**

- 21 ■ Berufliche Perspektiven für jüngere Arbeitskräfte
- 22 ■ Förderung der Erwerbstätigkeit von Frauen
- 23 ■ Beruflicher Wiedereinstieg von Eltern nach einer Familienphase
- 24 ■ Förderung der Wertschätzung älterer Arbeitnehmer/ -innen

25

### 26 **HANDLUNGSFELD KOMMUNALE ENTWICKLUNG**

- 27 ■ Stärkung der Siedlungskerne
- 28 ■ Ausweisung von zentrenahen Wohngebieten
- 29 ■ Abkehr vom ruinösen Wettbewerb zwischen Kommunen
- 30 ■ Schaffung von Wohnkonzepten mit multifunktionalen Wohneinheiten,  
31 die für alle Bevölkerungsgruppen geeignet sind.

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34

- Mehrgenerationenhäuser: Miteinander von Jung und Alt in den Kommunen fördern
- Aufbau eines familien- und seniorengerechten Nahversorgungsangebots
- Studierende im Altenheim
- Schaffung altengerechter alternativer Wohnformen und Pflegeeinrichtungen
- Anbindung der Wohngebiete an das öffentliche Verkehrsnetz
- Vom Interkommunalen Wettbewerb zur Interkommunalen Kooperation

## **HANDLUNGSFELD FAMILIE + BILDUNG**

### **BESSERE VEREINBARKEIT VON FAMILIE UND BERUF**

Kinderbetreuung und Bildungsangebote sind zwei Faktoren, neue Familien anzuziehen, aber auch Familien im Kreis halten zu können. Die Attraktivität der Kinderbetreuung und der Bildungsangebote entscheidet darüber, ob die Kommunen im Kreis wettbewerbsfähig bleiben. Zur Schaffung eines kinder- und familienfreundlichen Klimas gehören ganztägige Betreuungsmöglichkeiten für Kinder unter 3 Jahre.

Greifbar wird der demographische Wandel bei der Planung von Kindertageseinrichtungen. Schon heute ist aufgrund der niedrigen Geburtenzahlen abzusehen, dass zahlreiche Kindergartengruppen nicht mehr benötigt werden. Die Kommunen stehen nun vor der Herausforderung, die flächendeckende Kinderbetreuung bei abnehmenden Kindergartengruppen sicherzustellen und den Einstieg in die Betreuung der unter Dreijährigen zu organisieren.

Die Gestaltung des Wandels der Kindertageseinrichtungen sollte sich deshalb vor allem an folgenden Leitlinien orientieren:

- Die wohnortnahe Versorgung mit Kindergartenplätzen muss garantiert bleiben.
- Schaffung von bedarfsgerechten Angeboten zur integrativen Erziehung von Kindern mit und ohne Behinderungen .
- Für eine bessere Vereinbarung von Familie und Beruf müssen mehr Plätze für die Betreuung von unter 3-Jährigen zur Verfügung gestellt werden.

1 Wir schaffen damit die Voraussetzungen für die Eltern, Beruf und Familie miteinander zu verein-  
2 baren und ermöglichen den Kindern eine gute Betreuung. Wie wenig ernst es die Landesregie-  
3 rung damit meint, ergibt sich aus den von ihr vorgeschlagenen massiven Einschnitten in der  
4 Kindergartenförderung. Das Handeln der nordrheinwestfälischen Landesregierung läuft ins  
5 Leere, solange keine Finanzierungszusagen des Landes gegeben werden. Die Rhein-Erft SPD  
6 möchte, dass Familienzentren nicht bloße Worthülsen bleiben, sondern zu Orten der Begegnung  
7 und Treffpunkte für Generationen werden.

8

## 9 **DAS ELTERN-KIND BÜRO**

10

11 Als Arbeitgeber haben Kommunen Vorbildfunktion. Eltern, die in kommunalen Verwaltungen  
12 arbeiten, kann mit Hilfe eines Eltern-Kind Büros die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erleich-  
13 tert werden. Oft fehlt kommunalen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Möglichkeit, ihre Arbeit  
14 auch bei kurzfristigem Ausfall der Kinderbetreuung auszuüben.

15

16 Das Eltern-Kind Büro im Rathaus soll kurzfristige Betreuungsmöglichkeiten für Eltern schaffen.  
17 Situationen wie Ausfall der Tagesmutter oder Krankheit des anderen Elternteils sind nur einige  
18 Beispiele für Notsituationen, die schnell entstehen können. In einem solchen Fall kann Arbeit  
19 und Betreuung des Kindes bzw. der Kinder in einem eigens eingerichteten Büro wahrgenommen  
20 werden.

21

22 Das Eltern-Kind Büro hat daher eine kindgerechte Ausstattung, von der Kuschelecke über den  
23 Kinder-Schreibtisch bis zum Spiele-PC. Aber auch der Mitarbeiter kann an einem voll ausgestat-  
24 teten und vernetzten PC-Arbeitsplatz all seine dienstlichen Geschäfte erledigen.

25 Das Eltern-Kind Büro wird damit zu einem weiteren Baustein der Kommunen als familienfreundli-  
26 cher Arbeitgeber.

27

## 28 **AUSBAU DER GRUNDSCHULEN UND WEITERFÜHRENDEN SCHULEN**

### 29 **ZU GANZTAGSSCHULEN**

30

31 Qualität und Ausstattung der Schulen sind wichtige Faktoren für die Ansiedlung junger Familien  
32 und qualifizierter Arbeitskräfte. In den Kommunen müssen die Grundschulen und weiterführenden  
33 Schulen verstärkt zu Ganztagschulen ausgebaut werden. Diese sind auch ein Baustein für  
34 die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

1 Das Schulangebot muss an die jeweiligen Bedingungen vor Ort angepasst werden. Wenn de-  
2 mografische Veränderungen es erfordern, dürfen gemeinsame Schulangebote kein Tabu mehr  
3 sein. Im Bereich der beruflichen Bildung und der Erwachsenenbildung bilden die fünf Berufskol-  
4 legs und die Volkshochschulen im Rhein-Erft-Kreis eine wichtige Voraussetzung, um Bildung und  
5 Qualifizierung voranzubringen.

## 6 7 **AUSBAU DER GESUNDHEITSFÖRDERUNG UND PRÄVENTION ZUM ABBAU** 8 **UNGLEICHER GESUNDHEITSCHANCEN**

9  
10 Die heute erst im Ansatz bestehenden lebensweltorientierten Angebote der Gesundheitsförde-  
11 rung müssen deutlich vor Ort ausgebaut werden. Ein ganz wichtiger Aspekt ist die soziale und  
12 geschlechtsspezifische Benachteiligung von Gesundheitschancen. Wenn es uns gelingt, durch  
13 Maßnahmen der Prävention diese Benachteiligung zu verringern, wird dies ein Zuwachs an Ge-  
14 sundheit in unserer Region zur Folge haben. Wir wissen heute viel um die Wechselwirkung von  
15 Armut, Bildung und Gesundheit und wollen dieses Wissen im Präventionssystem einbringen.  
16 Schon im Jahr 2000 hat die rot-grüne Bundesregierung die Prävention und Gesundheitsförde-  
17 rung gesetzlich gestärkt. Jetzt wird die Bundesgesundheitsministerin ein Präventionsgesetz verab-  
18 schieden, mit dessen Instrumenten wir die sozial bedingte Ungleichheit von Gesundheitschancen  
19 vor Ort besser ausgleichen können.

## 20 21 **STÄRKERE VERNETZUNG DER BILDUNGS- UND BETREUUNGSMÖGLICHKEITEN**

22  
23 Hierzu ist eine engere Kooperation von Kindertageseinrichtungen und Grundschulen erforder-  
24 lich, um zu gewährleisten, dass vorschulische Bildungsaktivitäten angeboten und Kinder besser  
25 auf den Schulalltag vorbereitet werden. Die Angebote der Jugendarbeit und Jugendhilfe sowie  
26 die Förderangebote von Musikschulen und Sportvereinen müssen stärker mit den Schulangebo-  
27 ten vernetzt werden. Dabei sollten flexible Nutzungskonzepte für Kindertagesstätten, Jugendein-  
28 richtungen und Schulen entwickelt werden. Jugendarbeit und Jugendhilfe soll ihren Beitrag bei  
29 der Integration und Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund leisten.

## 30 31 **INTEGRATION DER KINDER UND JUGENDLICHEN MIT MIGRATIONSHINTERGRUND**

32  
33 Ein Kernbestandteil unserer Präventionsstrategie ist die Integration der Menschen mit Migrations-  
34 hintergrund. Die Notwendigkeit der Integration ergibt sich besonders für die Kinder und Jugend-  
35 lichen. Gerade vor dem Hintergrund des demographischen Wandels und dem damit absehba-

1 ren Mangel an Facharbeitskräften ist es eine entscheidende Frage, ob es gelingt, die Potentiale  
2 von jungen Leuten mit Migrationshintergrund zu fördern, zu entwickeln und positiv zu nutzen statt  
3 zu ignorieren oder gar verfallen zu lassen.

4

5 Fast ein Drittel aller Kinder und Jugendlichen in Deutschland kommt aus Migrantenfamilien. Für  
6 viele von ihnen ist es schwerer als für ihre Altersgenossen ohne Migrationshintergrund, ihre Ta-  
7 lente zu entfalten. Unser Bildungssystem hat sich bislang als nicht genügend „integrationstaug-  
8 lich“ erwiesen. Deshalb fehlt es an der Chancengleichheit der meisten Kinder aus Migrantenfa-  
9 milien. Sie benötigen besondere Unterstützung, Ermutigung und ein Gemeinwesen, das mit so-  
10 zialer Vielfalt zum Vorteil für alle umzugehen weiß. Dafür treten wir ein.

11

12 Bereits im Vorschulalter muss damit begonnen werden, die Potentiale der Kinder mit  
13 Migrationshintergrund zu fördern. Die planmäßig vermittelte Fähigkeit, die deutsche Sprache zu  
14 beherrschen, ist ein unverzichtbarer Schlüssel zum persönlichen Erfolg in Schule und Beruf. Wir  
15 sehen es als Verpflichtung der Eltern an, die Integrationsarbeit, insbesondere die Elternarbeit von  
16 Kindertageseinrichtungen und Schulen, zu unterstützen und die ihnen angebotenen Sprachkurse  
17 im Interesse ihre Kinder zu besuchen.

18

## 19 **KINDERGARTEN UND GRUNDSCHULE UNTER EINEM DACH**

20

21 Bei der derzeitigen demographischen Entwicklung ist es abzusehen, dass nicht nur weniger  
22 Kindergartengruppen benötigt werden, sondern in wenigen Jahren natürlich auch weniger  
23 Klassenräume. Durch den Umzug des Kindergartens in Räume einer Grundschule können  
24 Schulgebäude auch im Hinblick auf die demographische Entwicklung besser ausgenutzt werden.  
25 Hier entsteht Spielraum für die Entwicklung eines kombiniertes Nutzungskonzepts für Kindergär-  
26 ten und Grundschulen, dass zu einer Kostenreduzierung bei den Städten und Gemeinden führt  
27 und zugleich eine zukunftsfähige soziale Infrastruktur erhält.

28

## 29 **HANDLUNGSFELD ARBEIT**

30

## 31 **BERUFLICHE PERSPEKTIVEN FÜR JÜNGERE ARBEITSKRÄFTE**

32

33 Eine Folge des drastischen Rückgangs an Arbeitskräften ist der heute schon spürbare Fachkräf-  
34 temangel, der sich weiter verschärfen wird. Die Unternehmen suchen qualifizierten Nachwuchs.  
35 Die Bindung qualifizierter Fachkräfte an eine Region wird in Zukunft immer stärker zu einem

1 Erfolgsfaktor für die wirtschaftliche Entwicklung werden. Bei zunehmendem Fachkräftemangel  
2 können fehlende Arbeitskräfte für viele Kommunen zu einem bedeutenden Standortnachteil  
3 werden und Betriebe dadurch in ihrer Existenz gefährden. Auch das Potenzial für Betriebsnach-  
4 folgen und Existenzgründungen hängt stark von der Bindungskraft für junge Menschen ab.  
5

## 6 **FÖRDERUNG DER ERWERBSTÄTIGKEIT VON FRAUEN**

7  
8 Davon würden insbesondere qualifizierte Frauen profitieren. Es gehört zu den großen  
9 gesellschaftlichen Skandalen unserer Zeit, dass in unserem Land Frauen immer noch keine  
10 gleichen Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt vorfinden. Es ist volkswirtschaftlich schädlich, dass  
11 gut ausgebildete Frauen ihre Kompetenzen für unsere Volkswirtschaft nicht gleichermaßen  
12 einbringen können wie Männer. Überall dort, wo wir als Sozialdemokraten wirken, werden wir  
13 die Erwerbstätigkeit von Frauen weiter fördern und insbesondere im Bereich der Wirtschaftsför-  
14 derung einbringen.  
15

## 16 **BERUFLICHER WIDEREINSTIEG VON ELTERN NACH EINER FAMILIENPHASE**

17  
18 Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss wesentlich verbessert werden. Es müssen  
19 Möglichkeiten eines schnelleren beruflichen Wiedereinstiegs nach einer Familienphase geschaf-  
20 fen werden. Dazu sind vermehrte Angebote zur beruflichen Weiterbildung erforderlich bei  
21 gleichzeitigem Ausbau der Kinderbetreuungsmöglichkeiten. Betriebe sollen für lokale Bündnisse  
22 für Familien gewonnen werden. Durch flexible Arbeitszeiten, Rahmenverträge mit Familien-  
23 Service-Beratungen oder eigene Betreuungsangebote können auch die Unternehmen ihren Teil  
24 zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf beitragen.  
25

## 26 **FÖRDERUNG DER WERTSCHÄTZUNG ÄLTERER ARBEITNEHMER/ -INNEN**

27  
28 In den nächsten Jahren werden die erwerbstätige Bevölkerung und damit auch die Belegschaften  
29 in den Unternehmen altern. Eine ältere Belegschaft ist jedoch keineswegs weniger innovativ oder  
30 leistungsstark als eine jüngere: Vieles hängt davon ab, ob das Erfahrungswissen Älterer produk-  
31 tiv genutzt wird. In altersgemischten Belegschaften können die Kompetenzen und Erfahrungen  
32 der Älteren mit dem Wissensdrang der Jüngeren verbunden werden. Hier setzen Initiativen wie  
33 "Arbeit und Innovation im demografischen Wandel" (arbid NRW) oder "Betriebsinitiative Demo-  
34 grafischer Wandel" (bdw Region Köln) an. Qualifizierungsangebote, Maßnahmen zur Humani-

1 sierung der Arbeitswelt und Teilzeitangebote können einen längeren Verbleib Älterer in den Be-  
2 trieben und eine größere Arbeitszufriedenheit unterstützen.

3

4 Deshalb fordern wir ganz besondere Anstrengungen von allen Beteiligten ein, um die Beschäfti-  
5 gungsaussichten von Älteren auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern. Wir unterstützen das Projekt  
6 50plus von Bundesarbeitsminister Franz Müntefering, dass Arbeitsmarktinstrumente für Ältere  
7 gebündelt und geschärft werden z.B. in regionalen Beschäftigungspakten für Ältere. Es muss  
8 mehr Einsehen geben, dass ältere Menschen nicht zu früh aus dem Erwerbsleben gedrängt wer-  
9 den dürften, Qualifizierungsmöglichkeiten erhalten, um wieder im Erwerbsleben dabei zu sein.  
10 Auch die Stärkung der betrieblichen Gesundheitsförderung ist ein wichtiges Instrument. Sie hilft  
11 in den Betrieben und Verwaltungen mit, Ursachen für Erkrankungen zu bekämpfen, statt nur die  
12 Symptome zu kurieren. Daher unterstützen wir betriebliche Gesundheitsförderung, denn sie ist  
13 ein Gewinn für alle Beteiligten. Sie muss in unserer Region bei zu einem wichtigen Instrument  
14 moderner Personalpolitik in den Unternehmen und Verwaltungen werden.

15

## 16 **HANDLUNGSFELD KOMMUNALE ENTWICKLUNG**

17

### 18 **STÄRKUNG DER SIEDLUNGSKERNE**

19

20 Die sinkenden Einwohnerzahlen und das Überangebot an Wohneinheiten werden die Kommune  
21 dazu zwingen, ihre Interessen weg von ihrem bisherigen Wachstumsdenken hin zu einem auf  
22 Rückbau geprägten Planen zu lenken. Hierzu müssen Stadtumbaumaßnahmen erarbeitet  
23 werden, die dem Interesse der neuen Bevölkerungsstruktur entsprechen. Service- und  
24 Unterstützungseinrichtungen wie Beratungsstellen, Notfalldienste, medizinische Zentren und  
25 kulturelle Angebote müssen wohnungsnah sein. Das Nahversorgungsangebot muss optimal ges-  
26 taltet werden. Die Siedlungszentren bedürfen einer guten Anbindung an das öffentliche  
27 Verkehrsnetz.

28

### 29 **AUSWEISUNG VON ZENTRENAHEN WOHNGBIETEN**

30

31 Die Kommunen müssen bereits heute darauf hinwirken, dass vorrangig die innerstädtisch zur  
32 Verfügung stehenden Brach- und Baulandreserven ausgewiesen werden. Durch Schließung von  
33 Baulücken sowie der Um- und Wiedernutzung vorhandener Bebauung kann der vorhandene  
34 städtebauliche Bestand intensiv genutzt werden. Die Erhaltung vorhandene Ortsbilder wie z.B.

1 das typische rheinische Straßendorf, könnte das Ausbluten der Ortskerne verhindern. Innerstädti-  
2 sche Umbaumaßnahmen sollten dem Ziel der zukunftsorientierten Nutzung folgen.

3

#### 4 **ABKEHR VOM RUINÖSEN WETTBEWERB ZWISCHEN KOMMUNEN**

5

6 Die zu erwartende Stagnation bzw. der zu erwartende Rückgang der Bevölkerungszahlen macht  
7 eine kritische Bestandsaufnahme der Flächenentwicklungen im Rhein-Erft-Kreis notwendig. Auch  
8 wenn eine verallgemeinerte Gleichung „Rückgang der Bevölkerung = Rückgang des Flächen-  
9 verbrauchs“ sicher falsch ist, so ist jedoch sicher richtig, dass eine stetige Neuausweisung von  
10 Baulandflächen nicht der richtige Weg sein kann. Die Rhein-Erft SPD fordert einen regionalen  
11 Konsens bei den Kommunen des Kreises ein, sich gemeinsam auf die weitere Innenentwicklun-  
12 gen in den jeweiligen Kommunen zu konzentrieren und auf eine letztlich in einen ruinösen Wett-  
13 bewerb führende Neu-Baulandpolitik zu verzichten.

14

#### 15 **SCHAFFUNG VON WOHNKONZEPTEN MIT MULTIFUNKTIONALEN**

#### 16 **WOHNEINHEITEN, DIE FÜR ALLE BEVÖLKERUNGSGRUPPEN GEEIGNET SIND.**

17

18 Bis heute ist die gefragteste Form der Wohnraumbeschaffung der Erwerb eines Eigenheimes  
19 oder einer Eigentumswohnung. Mit dem Rückgang der Altersgruppe der 30- bis 45-Jährigen,  
20 die etwa die Hälfte der Erwerber von Wohneigentum ausmachen, wird diese Form des Woh-  
21 nungsmarktes einen empfindlichen Rückschlag erleiden. An seine Stelle werden jedoch andere,  
22 bisher kaum bekannte Wohnformen treten, wie zum Beispiel Wohnkonzepte mit multifunktiona-  
23 len Wohneinheiten, die für Familien, Wohngemeinschaften, Senioren und Behinderte geeignet  
24 sind. Dazu zählen auch „mitwachsende Häuser“, die sich mit geringem Aufwand den wechselnden  
25 Bedürfnissen entsprechend erweitert oder verkleinert werden können, genossenschaftliche  
26 Wohnprojekte, Mehrgenerationenhäuser. Die Qualität des Wohnraums wird eine bedeutende  
27 Rolle spielen, und der Wohnraum selber muss der veränderten Altersstruktur angepasst sein, um  
28 attraktiv zu sein.

29

#### 30 **MEHRGENERATIONENHÄUSER: MITEINANDER VON JUNG UND ALT**

#### 31 **IN DEN KOMMUNEN FÖRDERN**

32

33 Was früher selbstverständlich war, wird immer mehr zur Ausnahme. Jung und Alt leben heute  
34 getrennt und nicht mehr unter einem Dach. Miteinander leben, ist aber die Voraussetzung, um  
35 Verständnis füreinander zu entwickeln. Die Schaffung von generationenübergreifenden Einrich-

1 tungen in Mehrgenerationenhäusern ist ein Weg, das Miteinander der Generationen in den Vor-  
2 dergrund zu stellen. In einigen Kommunen ist beispielsweise ein Kindergarten in einem  
3 Altenheim untergebracht worden. Traditionell sind gerade auch Kinderspielplätze Treffpunkte  
4 von Jung und Alt. Wir fordern, dass die Planung dies aufgreift und das kommunale  
5 Ordnungsrecht angepasst wird. Die Kinder lernen dadurch ein natürliches Verhältnis im Umgang  
6 mit Senioren, während andererseits der Vereinsamung der Senioren entgegengewirkt wird.

7

8 Ein weiteres Beispiel ist die Einrichtung einer gemeinsamen Wohnanlage für Jung und Alt. Hier  
9 wohnen Senioren und junge Familien nebeneinander und unterstützen sich gegenseitig beim  
10 Babysitting oder Einkaufen. Für uns Sozialdemokraten sind das Wege, das Miteinander von  
11 Jung und Alt zu fördern.

12

### 13 **AUFBAU EINES FAMILIEN- UND SENIORENGERECHTEN**

#### 14 **NAHVERSORGUNGSANGEBOTS**

15

16 Ein weiterer wesentlicher Standortfaktor ist der Aufbau eines sowohl familien- als auch senioren-  
17 gerechten Nahversorgungsangebotes, welches sich durch zentrumsnahes Wohnen mit kurzen  
18 Wegen zur Arbeit, zum Kindergarten, zur Schule, zum Einkauf, zum Arzt, zu den Behörden und  
19 zu attraktiven Freizeit- und Kulturangebot auszeichnet.

20

#### 21 **STUDIERENDE IM ALTENHEIM**

22

23 Der Rhein-Erft-Kreis ist gerade bei den an Köln angrenzenden Kommunen beliebter Wohnstand-  
24 ort für Studierende. Das soll so bleiben und weiter ausgebaut werden, da wir auf diese Weise  
25 unsere Region bei gut ausgebildeten jungen Menschen bekannt machen und zum Verweilen und  
26 Wiederkehren einladen. Aber auch bei studentischen Wohnformen gibt es Experimente und Ent-  
27 wicklungen. So begrüßt die Rhein-Erft SPD Modelle, bei denen Studierende kostenlose Unter-  
28 künfte in Altersheimen erhalten können, wenn sie sich verpflichten, einige Stunden pro Woche  
29 älteren Menschen Gesellschaft zu leisten. Auf diese Weise kann ein Dialog von Generationen  
30 belebt werden. Wir wollen entsprechende Projekte auch im Rhein-Erft Kreis fördern.

31

1 **SCHAFFUNG ALTENGERECHTER ALTERNATIVER WOHNFORMEN**  
2 **UND PFLEGEEINRICHTUNGEN**

3

4 Durch die zunehmende Alterung der Bevölkerung wird die Zahl der Pflegebedürftigen und De-  
5 menzkranken dramatisch zunehmen. Die zur Verfügung stehenden Heimplätze reichen in Zukunft  
6 bei weitem nicht mehr aus. Neben dem Neubau von Pflegeheimen muss der Rhein-Erft-Kreis  
7 zusammen mit den Kommunen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass verstärkt Wohnungen  
8 mit betreutem Wohnen und Tagespflegeplätze errichtet werden. Die Menschen möchten aber  
9 auch im Alter in ihrem bekannten Wohnumfeld und möglichst selbstbestimmt leben. Gemein-  
10 schaftliches Wohnen scheint für viele ältere Menschen eine passende Lösung für ein selbstbe-  
11 stimmtes Leben und Wohnen im Alter zu sein, dies betrifft auch die Aufnahme Dementer in so  
12 genannte "Alten-WG`s". Die hat die SPD immer eine Gesamtstrategie für Demente und deren  
13 Angehörigen gefordert, die über Wohnformen bis zur qualifizierten Pflege und innovativen The-  
14 rapien reichen und die vor Ort umgesetzt werden muss.

15

16 **ANBINDUNG DER WOHNGEBIETE AN DAS ÖFFENTLICHE VERKEHRSNETZ**

17

18 Der sich stark vergrößernde Personenkreis der über 70-jährigen wird immer mehr auf den Öff-  
19 fentlichen Nahverkehr angewiesen sein. Um diesem Bedürfnis gerecht zu werden ist die Anbin-  
20 dung aller Ortsteile an den ÖPNV erforderlich. Dies kann geschehen durch den Ausbau und die  
21 Optimierung des Anruf-Sammel-Taxi Systems, den Einsatz kleinerer Busse oder Bus-Taxen.

22

23 **VOM INTERKOMMUNALEN WETTBEWERB ZUR INTERKOMMUNALEN**  
24 **KOOPERATION**

25

26 Wenn in der Vergangenheit der interkommunale Wettbewerb um Einwohner, Betriebe und  
27 Steuereinnahmen starke Anreizwirkungen entfaltet, so wird deutlich, dass diesem eine wach-  
28 tumsorientierte Grundeinstellung zu Grunde lag. Unter den Bedingungen einer dauerhaft  
29 schrumpfenden Gesellschaft bekommen interkommunale Kooperationsmodelle eine neue Be-  
30 deutung. Die Rhein-Erft SPD setzt sich in der Region Köln-Bonn für eine Neuaufstellung im Be-  
31 reich der Gebietskörperschaften ein. Wir treten z.B. für interkommunale Gewerbegebiete ein,  
32 deren Lasten und Erträge regional aufgeteilt werden. Zudem wollen wir alle Angebote der kom-  
33 munalen Daseinsvorsorge auf mögliche Synergiepotentiale einer regionalen Kooperation über-  
34 prüfen.

35

## 1 **HERAUSFORDERUNGEN ANNEHMEN, CHANCEN MUTIG ERGREIFEN**

2

3 Der demographische Wandel findet statt, wir können ihn nur in Grenzen beeinflussen.

4 Die Menschen werden immer älter. Darüber freuen wir uns. Es ist ein Fortschritt als Ergebnis  
5 unendlich vieler Anstrengungen. Die älter werdenden Menschen müssen weiter die Möglichkeit  
6 haben, ein erfülltes Leben zu führen und am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Es werden  
7 immer weniger Kinder geboren. Kinder sind unsere Zukunft, ohne sie ist unser Leben ärmer.

8 Dennoch sind Kinder eine persönliche Entscheidung der Eltern, in die die Politik nicht einzugrei-  
9 fen hat. Diese Entscheidung soll bewusst und ohne wirtschaftliche und soziale Zwänge getroffen  
10 werden. Daher müssen wir die Chancen für die Kinder und ihre Eltern verbessern.

11

12 Trotzdem, beide Entwicklungen zugleich - immer ältere Menschen und immer weniger Kinder -  
13 führen dazu, dass die Bevölkerung insgesamt immer älter wird. Konservativen Kräften mag dies  
14 als willkommener Vorwand zum Abbau unserer Systeme der sozialen Sicherung dienen. Dage-  
15 gen wehren wir uns. Wir wollen die Auswirkungen der demografischen Entwicklung aktiv gestal-  
16 ten. Dies ist eine Herausforderung für uns, wir nehmen sie an.

17

18 Für unser kommunalpolitisches Handeln müssen wir davon ausgehen, dass in absehbarer Zu-  
19 kunft weniger Menschen in unseren Städten und Gemeinden leben und dass diese Menschen in  
20 der Gesamtheit immer älter sind. Das fordert tief greifende Veränderungen auf allen Feldern.

21 Wir wollen älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern möglichst lange ihre Teilnahme am Arbeits-  
22 leben ermöglichen. Dafür müssen wir das Bewusstsein beeinflussen, aber auch Möglichkeiten zu  
23 Weiterqualifizierung anbieten. Wir wollen bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf neue We-  
24 ge gehen.

25

26 Wir wollen das Miteinander von Jung und Alt in unserem sozialen Leben, am Arbeitsplatz, in den  
27 Vereinen, in den Wohngebieten und in den Familien fördern. Wir wollen die Stadtentwicklung  
28 auf die Kerne der Wohnlagen konzentrieren und diese für jedermann zu wirtschaftlichen Bedin-  
29 gungen erreichbar machen. Qualität geht vor Quantität. Nicht mehr den Mangel an Angeboten  
30 beseitigen ist in Zukunft unsere Aufgabe, sondern Umwandeln der vorhandenen Angebote für  
31 weniger, aber andere Nachfrage.

32

33 **Das ist die Chance einer Gesellschaft des langen Lebens.** Nicht Schwarzmalerei, Zukunftspes-  
34 simismus und Sozialabbau sind unsere Wege, sondern neue Ideen und mutiges Gestalten der  
35 Zukunft.